

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Tageblatt Rieser  
Gemein Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,  
des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meißner beauftragter bestimmter Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530,  
Girokonto:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 222.

Mittwoch, 21. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten, oder der Verfertigungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Die Reichsbahn schafft Arbeit.

### Herabsetzung des Diskontsatzes auf 4 Prozent.

Berlin. (Funkdruck.) Die Reichsbank setzt mit Wirkung ab 22. September den Diskontsatz von 5 Prozent auf 4 Prozent und den Lombardsatz von 6 Prozent auf 5 Prozent herab.

Dazu teilt die Reichsbank mit, daß sie sich nach Beseitigung des bisherigen gesetzlichen Hindernisses zu der Absenkung um so eher entschließen konnte, als seit der letzten Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes der Status der Reichsbank eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verbilligung an den deutschen Geldmärkten fortgeschritten ist und auch an den führenden Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

### Generalangriff auf den Geldmarkt.

Diskontsenkung und was dann?

Am Montag beschäftigte der Draft die schon seit Tagen nicht mehr bezweifelte Erwartung, daß der Verwaltungsrat der R.B. dem Antrage der Reichsbank auf Verringerung der internationalen Bindungen des Reichsbankgesetzes entsprechen werde, die bisher eine Senkung des deutschen Reichsbankdiskontsatzes unter 5 Prozent verhindert hatten. Schon wenige Stunden danach erschien im Reichsanzeiger die Notverordnung des Reichspräsidenten, die aus dem Beschluß des Verwaltungsrates der R.B. die Konsequenzen zieht: „Die Vorschriften des Paragraphen 20, Absatz 3 des Bankgesetzes bleibt für die Zeit bis zum 30. September 1932 außer Anwendung“. Da die Notverordnung außerdem besagt, daß sie mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten solle, hätte an sich nichts im Wege gestanden, daß der Zentralauslaß der Reichsbank schon am Dienstag, ja vielleicht sogar schon am Montag die Senkung des Diskontsatzes auf 4 Prozent verkündete.

Daß die Dinge sich nicht so rasch entwickelt haben, sondern die Diskontsenkung bis zum Mittwoch hinausgeschoben wurde, findet offenbar seinen Grund darin, daß der Reichsbankpräsident Wert darauf legt, durch persönliche Darlegungen dieser Diskontsenkung die besondere Bedeutung zu attestieren, die man ihr beizumessen hat. Die Befristung der Entbindung der Diskontpolitik vom Reichsbankgesetz auf zwei Jahre bedeutet praktisch wohl kaum einen ernstlichen Vorbehalt, denn bis zum 30. September 1934 wird — daran zweifelt in aller Welt kaum ein Mensch — der Vertrag von Lausanne, der der deutschen Notenbank endgültig ihre finanzpolitische Souveränität wieder gibt, längst ratifiziert sein. Daß der Verwaltungsrat der R.B. von sich aus diesen Effekt des Vertrages von Lausanne schon jetzt vorwegnimmt, bedeutet praktisch bereits eine Art von Ratifizierung der Lausanner Abmachungen durch das im Augenblick wohl maßgebendste finanzpolitische Gremium der Welt. Dies ist der eine Punkt, der der vorliegenden Diskontsenkung ihre besondere Bedeutung gibt.

Der andere Punkt liegt in dem innerwirtschaftlichen Gesamtprogramm der Reichsbank und der Reichsregierung. Man weiß, welche großen Pläne in Richtung auf eine Auflockerung des Geldes, sowohl wie des Kapitalmarktes existieren. Die Schaffung der beiden geplanten Institute zur Förderung der kreditpolitischen Entwicklung in Deutschland, des „Industrie-Finanzierungs-Institutes“ und der Amortisationskasse, ist in der vorigen Woche eben im Hinblick auf die bevorstehende Diskontsenkung veranlaßt worden. Es ist zu erwarten, daß die diesbezüglichen Verordnungen zur Förderung des gewerblichen Kredites“ der Diskontsenkung alsbald folgen werden. Insgesamt stellen diese Vorgänge nicht weniger dar, als einen Generalangriff auf den Geldmarkt im Sinne einer Verbilligung des Kredites; sie werden also auch als die unmittelbare Vorbereitung zur Inanspruchnahme des nächsten wichtigen Problems, der Zinsverbilligung auf Sondergebieten anzupreisen sein.

Mit der Rückkehr aus ägyptischen Diskontsatz ist zinspolitisch ein Zustand erreicht, wie er zuletzt vor zweieinhalb Jahren bestand. Im Mai 1930 hatte die Reichsbank den Diskont auf 4 1/2 Prozent senkt und ging dann im Juni 1930 auf 4 Prozent herab, doch konnte der Satz nur bis zum Oktober 1930 gehalten werden. Dann begann die böse Leidenszeit des deutschen Kreditmarktes, in deren Verlauf der Diskontsatz schließlich bis zu 15 Prozent kletterte, um im April 1932 den unter den bisher gültigen Bedingungen tiefstmöglichen Satz von 5 Prozent wieder zu erreichen. Daß der Status der Reichsbank die Senkung auf 4 Prozent rechtfertigt, hat sich aus den letzten Ausweisen, insbesondere auch aus dem Medio-Ausweis für September deutlich ergeben. Nun ist die Bahn frei für die erfolgreiche Fortsetzung des Angriffs auf die produktions- und wirtschaftsbedingenden Faktoren des Geldmarktes. Sein endgültiger Erfolg hängt von der Taktik und vor allen Dingen von der Elastizität der weiteren Operationen der Reichsbank, insbesondere aber auch von der Reichsregierung und der deutschen Wirtschaftsführer ab.

### Der Sparauschuß der Länderkonferenz.

Der Ausschuß bereits konstituiert. — Arbeitsdauer und Arbeitsbereich.

Berlin. Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, besteht der Ausschuß, der gestern von der Konferenz der Finanzminister eingeleitet worden ist, außer dem Reichsfinanzministerium aus den vier großen Ländern Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg und den mittleren Ländern Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin. In der Ministerkonferenz hat der Reichsfinanzminister zunächst einen Überblick über die Lage gegeben, damit eine Reihe von Anregungen verknüpft und schließlich die Wünsche der Länder entgegengenommen. Dabei zeigte sich aber, daß das Gremium dieser Konferenz viel zu groß ist, um in den Einzelfragen, bei denen Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen einsehen können, praktische Arbeit zu leisten. Deshalb hat der Reichsfinanzminister den Vorschlag gemacht, einen solchen Ausschuß zu bilden, der seine Beratungen zweckmäßig und in Ruhe durchführen kann.

Der Ausschuß ist im Laufe des Nachmittags bereits zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, um zunächst den Aufgabenkreis festzulegen, in dem sich die Untersuchungen und die Vorschläge bewegen sollen, zu denen man zu gelangen hofft. Das Arbeitsgebiet des Ausschusses erstreckt sich auf die verschiedenen Verwaltungszweige, so auf die Justizverwaltung, die Schulverwaltung usw. Der Ausschuß wird sich auch mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigen. Hierfür besteht gerade bei den Ländern ein hartes Interesse, da die Besoldungsverhältnisse bei ihnen recht ungleich sind und deshalb häufig Grund zu Mißstimmungen in den Kreisen ihrer Beamten gegeben haben. Ein besonders wichtiges Glied ist die Arbeitslosen- und die Wohlfahrtsunter-

stützung. Bei den bisherigen Beratungen hat sich auch bereits eine gewisse Linie hierfür abgezeichnet, die darauf hinausläuft, daß Ueberschüsse oder Ersparnisse bei der Arbeitslosenfürsorge der besonders beanspruchten Wohlfahrtsfürsorge zugutekommen sollen.

Aus der Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben entwickelt sich die Arbeitsweise des Ausschusses von selbst. In seiner getragenen ersten Sitzung ist man sich deshalb darüber klar geworden, daß nicht immer nur dieselben Vertreter an den Arbeiten teilnehmen sollen. Man beabsichtigt vielmehr, wechselnd Facharbeiter aus den in Frage kommenden Ressorts heranzuziehen.

Mit den eigentlichen Arbeiten soll Ende dieser Woche begonnen werden. Zunächst wird der Ausschuß dafür, wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, voraussichtlich etwa 2 bis 3 Wochen benötigen, um dann einer neuen Konferenz der Finanzminister seine Vorschläge zu unterbreiten. Natürlich wird auch das Reich sich sehr stark an der Tätigkeit des Ausschusses beteiligen. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Leiters der Staatsabteilung des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Müller, stehen.

Andererseits ist bemerkenswert, daß die Länder, während sie früher vom Reich doch nur mehr gutschicklich herangezogen wurden, in diesem Gremium zum erstenmal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungszweige beteiligt werden. Das ist ein Fortschritt, der nach Auffassung politischer Kreise gerade vom Standpunkt der Länder aus lebhaft zu begrüßen ist.

## Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung.

Berlin. Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr v. Neurath, hat in der September-Ausgabe der Zeitschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände „Der Weg zur Freiheit“ einen Artikel „Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung“ erscheinen lassen, in dem noch einmal die Haltung der deutschen Regierung in der Gleichberechtigungsfrage grundsätzlich dargelegt wird.

Der Reichsaussenminister führt darin u. a. aus:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung in eine Sackgasse geraten sind. Wer in der letzten Zeit die Presse des Auslandes mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wird nicht leugnen können, daß das Bewußtsein dieser Tatsache in der Welt ganz allgemein geworden ist. Ueber die Ursache der gegenwärtigen Lage kann kein Zweifel bestehen: Sie liegt in der ungenügenden Bereitwilligkeit der noch nicht abgerüsteten Staaten, die im Versailler Vertrag und im Völkervertrag festgelegte Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung zu erfüllen. Gewisse ausländische Presseorgane haben den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es Deutschland nicht auf die allge-

meine Abrüstung, sondern auf seine eigene Aufrüstung anläge. Eine solche Verdächtigung stellt die Tatsachen auf den Kopf. Deutschland ist abgerüstet, und seine nationale Sicherheit erfordert gebieterisch, daß die anderen mit ihren Rüstungen auf dasselbe Niveau heruntergehen. Auf diese Weise würde Deutschland ganz von selbst gleiches Recht und gleiche Sicherheit erhalten. Ich erinnere daran, daß unsere ehemaligen Kriegsgegner nicht einmal in Versailles auf dem Höhepunkt der Macht und des Sieges von uns die einseitige Abrüstung auf ewige Zeiten verlangt haben.

Ich hoffe, daß man sich nirgends über die Festigkeit des Willens täuscht, der hinter unseren Forderungen steht. Ich brauche kaum zu versichern, daß für Deutschland eine Beteiligung an den neuer Verhandlungen nicht in Frage kommt, solange unser Anspruch auf Gleichberechtigung von allen beteiligten Staaten anerkannt wird. Das wäre mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar. Wir sind nicht gewillt, eine Rolle minderen Rechts zu spielen. Darin weicht ich nicht mit dem ganzen deutschen Volk einig. Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung wird durchgefochten werden.“

### Die Reichsmittel für Instandsetzungsarbeiten.

Berlin. (Funkdruck.) Durch die Notverordnung vom 4. September 1932 sind weitgehende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe, vor allem auch für das Handwerk, getroffen worden. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt im Deutschen Reichsanzeiger die näheren Bestimmungen über die Vergabe der Mittel veröffentlicht. Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten müssen mindestens 250 Reichsmark betragen. Der Zuschuß beträgt ein Fünftel der Kosten. Eine Rückzahlung wird nicht gefordert. Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein.

### Zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichsbahn.

Berlin. (Funkdruck.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der sich am 18. und 20. September in der Hauptversammlung mit der Beteiligung der Reichsbahn am Programm der Reichsregierung beschäftigt, beschloß, über die bisher vorgelegenen Mittel hinaus etwa 180 Millionen RM für weitere Beschaffungen und Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Einnahmen für die Beförderungssteuer zutreffen. Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung der Steuerzuschüsse in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmt.

Darüber hinaus beauftragte der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Millionen RM zur Er-

höhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 218 Millionen RM beschleunigt fortzusetzen.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten, allein bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit. Außerdem können durch Einlegen von Feierschichten bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere 6000 Arbeiter in Beschäftigung bleiben.

### Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funkdruck.) Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischsten Punkte angelangt, es handle sich jetzt darum, ob man zu einer wirksamen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen oder zu einem neuen Rüstungswettlauf gelange. Hauptaufgabe des Büros sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnittes der Konferenz, der, wie er bestimmt hoffe, eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen zeitigen werde.

Die Rede Hendersons wurde von der Versammlung schweigend entgegengenommen. Sodann legte der Präsident das Schreiben des deutschen Außenministers und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Beide Schreiben wurden im Wortlaut verlesen. Mit dem Vorschlag Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seinen Brief zu antworten, erklärte sich das Büro einverstanden.

Die Sitzung wurde auf heute nachmittag vertagt.